

Drugstore demonstrierte



Seit 43 Jahren existiert die selbstverwaltete Jugendeinrichtung Drugstore in der Schöneberger Potsdamer Straße 180. In dem Eckhaus zur Pallasstraße befinden sich noch weitere Kinder- und Jugendeinrichtungen. Einst gehörte das Haus dem Land Berlin, das es verkaufte und somit die Vermietung einem privaten Investor überließ. Das bezirkliche Jugendamt zahlte brav über all die Jahre die Miete. Für den Drugstore angeblich 220.000 Euro im Jahr. Und wie das so ist, der Vertrag läuft Ende des Jahres aus und der Vermieter möchte die Miete erhöhen, auf angeblich 270.000 Euro. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, Jugendstadtrat Oliver Schworck (SPD) steht in Verhandlungen mit den Hauseigentümern.

Es mag 20 Jahre her sein, oder noch länger, da war die Finanzierung des Drugstores schon einmal in Gefahr. Eine Demonstration im Rathaus Schöneberg verlief unschön. Viele Jahre später, das gleiche Bild, bloß diesmal mit mehr Polizeipräsenz. Es blieb friedlich. Und auch am 16. September, als wieder einmal demonstriert werden musste, gab es keine Zwischenfälle. Die Gruppe aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit bunten Haaren, Rasterlocken, zerrissenen Jeans, kleinen und größeren Hüten belagerte den John-F.-Kennedy-Platz vor dem Rathaus Schöneberg und gab eine Kostprobe ihres Musikgeschmacks. Nun gut, Beethoven mag ja auch nicht jeder.

Pünktlich um 17 Uhr zogen die Drugstore-Leute in den BVV-Saal ein und wurden freundlich von der BVV-Vorsteherin Petra Dittmeyer (CDU) darauf hingewiesen, dass Bierflaschen im Saal nichts zu suchen haben und auch nicht fotografiert werden darf. Der Hinweis wurde freundlich aber bestimmt von Frau Dittmeyer mehrfach wiederholt, bis sich die ungewöhnlichen Gäste halbwegs daran hielten. Applaus und Zwischenrufe, streng verboten im Bezirksparlament, ahndete die Vorsteherin

nicht. Sie meisterte die Situation äußerst souverän und ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Sie unterbrach sogar die Sitzung, damit ein Vertreter des Drugstores seine Sicht der Dinge darstellen konnte, denn außer den BVV- und Bezirksamtsmitgliedern darf hier niemand reden. Der Sprecher des Drugstores machte deutlich, dass man dort bleiben wolle, wo man ist und auch von einer Verkleinerung der Raumfläche nichts halte.

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Marijke Höppner (SPD) und Jugendstadtrat Oliver Schworck (SPD) hielten sehr emotionale Reden, in denen sie betonten, den Drugstore erhalten zu wollen. Schworck wiederholte mehrfach, dass die bisherigen 220.000 Euro in seinem Etat eingeplant seien. Aber genau hier liegt das Problem, denn dieser Betrag reicht nicht aus, um den Bestand in der jetzigen Form zu sichern. Die Drugstore-Leute zeigten sich nicht kompromissbereit. Wie die Geschichte ausgeht, steht gegenwärtig noch nicht fest. Nur, dass sie so friedlich wie sie nach mehreren Stunden Stillsitzen den BVV-Saal verließen, ihren Drugstore, sollte es soweit kommen, nicht verlassen werden.

Michael Ickes, einer der Restaktivisten der völlig auseinandergelassenen Piraten-Fraktion hielt vor dem Rathaus eine kämpferische Rede und forderte die Anerkennung des Drugstores als Weltkulturerbe. Nun, die Vereinten Nationen werden vermutlich den Drugstore nicht retten.

Die Schuldzuweisung an den Senat durch die Linken wird auch nicht zu einem Ergebnis führen. Der Senat hat das Haus verkauft, nun soll er gefälligst die Mietkosten aufbringen. Wenn die Welt doch bloß so einfach wäre.

Schon am 15. Juli 2015 veröffentlichte der Drugstore die folgende Pressemitteilung:

Berlins ältestes selbstverwaltetes Jugendzentrum steht vor der Schließung!

„Ende Dezember soll es soweit sein: Die Türen des Jugendzentrums „Drugstore“ in der Potsdamer Straße in Schöneberg werden für immer geschlossen. Der Vermieter des Gebäudes erhöht die Mieten und kündigt dem Jugendamt die laufenden Verträge. Der Bezirk Schöneberg legt daraufhin dem „Drugstore“ die Kündigung der Räume vor.

Der Eigentümer des Gebäudes in der Potsdamer Straße 180-182, in dem sich sowohl das Jugendzentrum „Drugstore“ als auch der Jugendclub „Potse“ und der Stadtteilverein Schöneberg befinden, passt die Miete auf die ortsüblichen Gewerbemieten an. Das Bezirksamt Schöneberg ist nicht gewillt die Mieterhöhung von 7,22 € auf 11,50 € zu tragen, obwohl sich die Miete für alle drei Jugendzentren seit über zehn Jahren nicht erhöht hat. Die Jugendarbeit im Schöneberger Norden steht vor dem Aus.

Der Jugendamtsdirektor Rainer Schwarz gelobt Ersatz zu finden. Die jugendlichen Besucher und ehrenamtlichen Mitarbeiter halten die Versprechung auf mindestens gleichwertige Räumlichkeiten für unrealistisch. „Die Mieten ziehen überall im Kiez an. Was passiert, wenn der Bezirk hier keine günstigere Alternative findet?“, so der Vorstand des Trägervereins SSB e.V.. Die Drugstore-Besucher sind außer sich, dass nun eines der letzten unkommerziellen Kulturangebote für Jugendliche in Schöneberg wegfällt. Lena, 23, Besucherin: „Wäre es nicht viel sinnvoller und günstiger, so ein Projekt aufrecht zu erhalten, als einen teuren Umzug und Neuanfang zu finanzieren? Wie wird Berlin aussehen, wenn alle alternativen Projekte und Freiräume verdrängt sind. Wollen wir in so einer Stadt leben?“

Der Drugstore ist mit über 40 Jahren eines der ältesten selbstverwalteten Jugendzentren Deutschlands. Seit 1972 in der Potsdamer Straße 180 ansässig ist es ein Freiraum für Jugendliche und Randgruppen, die ihre Freizeit hier selbst gestalten. Von Konzerten, Partys, Soli- oder Infoveranstaltungen, Lesebühne, Tabletop bis hin zu Filmvorführungen, Teeküche, Siebdruck, Fotolabor, Werkstatt und Proberäumen bietet der Laden auf 864 m² somit ein umfassendes, einzigartiges Angebot. Der gesamte Betrieb wird von Jugendlichen ohne Hilfe von Sozialarbeitern gestemmt, alle Veranstaltungen sind kostenlos. Diese erfolgreichen Jugendprojekte müssen erhalten werden! Drugstore & Potse bleiben!“

Tatsache ist, dass das Jugendamt große Anstrengungen unternimmt, um die Einrichtung zu erhalten. Richtig ist auch, dass die Jugendarbeit in Berlin nicht auskömmlich finanziert ist. Zwar gebe es, so Stadtrat Schworck vor der BVV, jährlich rund 40.000 Euro mehr für die Jugendarbeit im Bezirk, diese werden aber durch Kostensteigerungen aufgefressen. Bestes Beispiel ist die nachvollziehbare tarifgetreue Bezahlung der Mitarbeiter der freien Träger. Die Jugendarbeit in Berlin ist unterfinanziert. Bemühungen der Jugendhilfeausschussvorsitzenden, über die Parteigrenzen hinweg, die Finanzierung auskömmlich festzuschreiben, haben bislang keinen durchschlagenden Erfolg gezeigt. Jede Form der präventiven Jugendarbeit ist enorm wichtig und spart vor allem Geld an

anderer Stelle. Jugendliche, die nicht erreicht werden können und auf die so genannte „Schiefe Bahn“ geraten, kommen den Staat teuer. Nur ein einziger vor dem Jugendknast geretteter Jugendlicher, würde erheblich zu den Mietkosten des Drugstores beitragen.

Die Klientel des Drugstores passt nicht so recht in ein handelsübliches Jugendfreizeitheim. Ihre Lebensqualität besteht auch in einem besonderen Outfit, das nicht jedermanns Sache ist. Aber gerade für Jugendliche, die sich in kein gesellschaftliches Schema drängen lassen wollen, muss es auch Räume geben. Und wenn sie diese und ihr Leben darin selbst gestalten und selbst verwalten wollen, dann soll man sie lassen und es ihnen ermöglichen.

Das Jugendamt Tempelhof-Schöneberg erfüllt mit dem Drugstore eine gesamtstädtische Aufgabe. Für Projekte dieser Art muss es Landesmittel geben. Man kann den Bezirk damit nicht allein lassen. Andererseits müssen die Drugstore-Aktivisten auch Kompromissbereitschaft zeigen. Allein durch einen Umzug an einen anderen Ort, preiswerter und gegebenenfalls kleiner, ist das Projekt nicht gefährdet. Niemand plant, den Drugstore an den Stadtrand zu verlegen. Eine zentrale Lage, so wie jetzt in Schöneberg, ist sinnvoll. Dort sind aber nun mal die Mieten teuer.

Das Problem kann nur gemeinsam gelöst werden, Drugstore, Jugendamt und Senatsjugendverwaltung. Das ideologische Kasperlespiel eines Piraten führt ebenso zu keinem Ergebnis wie linke Schuldzuweisungen.

Ed Koch